

Der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt:

1. Resolution des Rates der Gemeinde Eitorf:

„Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert die Bundesregierung auf, die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes über den 31.12.2013 hinaus sicherzustellen und die Leistungen in Höhe von 400 Millionen Euro pro Jahr zu entfristen.

Der Rat erwartet von der Landesregierung, dass sie sich weiterhin auch im Bundesrat für eine Entfristung der Mittel einsetzt.“

2. Die Verwaltung wird gebeten, sich mit allen Mitteln für die Sicherung der bisher geschaffenen Stellen in der Schulsozialarbeit einzusetzen und mit den Trägern eine langfristige Lösung zu finden.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen (10 CDU, 6 SPD, 2 BfE, 2 Grüne, 1 UWG), 10 Nein-Stimmen (9 FDP, 1 BM), 7 Enthaltungen (6 FDP, 1 CDU)

Beschluss:

Nr. XIII/27/383

Der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt folgende Resolution:

„Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert das Land NRW auf, ab Mitte 2014 die zunächst durch eine mittelbare Anschub-Finanzierung des Bundes bereitgestellten Mittel für Stellen in der Schulsozialarbeit an Eitorfer Schulen dauerhaft aus dem Landeshaushalt zu finanzieren.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 3 Enthaltungen (1 FDP, 2 CDU)